

Anpassungen bei der Pensionskasse des Kantons: Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrates



Ablauf der Medienkonferenz

1. Begrüssung
2. Rückblick
3. Vernehmlassungsvorlage
4. Vorschlag des Regierungsrates
5. Gemeinden
6. Zusammenfassung
7. Fragen

Ablauf der Medienkonferenz

1. Begrüssung
2. Rückblick
3. Vernehmlassungsvorlage
4. Vorschlag des Regierungsrates
5. Gemeinden
6. Zusammenfassung
7. Fragen

Begrüßung



Regierungsrat
Dr. Anton Lauber

Vorsteher der Finanz- und
Kirchendirektion

Ablauf der Medienkonferenz

1. Begrüssung
- 2. Rückblick**
3. Vernehmlassungsvorlage
4. Vorschlag des Regierungsrates
5. Gemeinden
6. Zusammenfassung
7. Fragen

Änderungen bei den Rahmenbedingungen

- Situation an den Finanzmärkten ist angespannt (rekordtiefes Zinsniveau, eingeschränkte Renditeerwartungen, Negativzinsen).
- Sollrendite kann nicht erreicht werden und führt zu massiver Umverteilung zulasten der aktiven Versicherten.
- Zäsur in der Entwicklung durch den Entscheid der Schweizerischen Nationalbank vom 15. Januar 2015.
- Senkung der Renditeerwartungen von bisher über 3% auf rund 2% aufgrund der längerfristigen Prognosen.
- Weiterhin steigende Lebenserwartung in der Schweiz.

Erfolgreiche Umsetzung der Reform der BLPK

Reform BLPK 2014 hatte folgende Ziele:

- Anpassungen an die Änderungen im Bundesrecht (Verselbständigung und Vollkapitalisierung), damit Ausfinanzierung der historischen Deckungslücke und Wegfall der bisherigen gemischten Finanzierung.
- Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat.
- **Ausfinanzierung und organisatorische Anpassungen der BLPK sind mit der Reform 2014 abgeschlossen.**
- **Reform wurde erfolgreich umgesetzt und brachte klare rechtliche Grundlagen.**

Beschlüsse der BLPK vom Dezember 2016

- Senkung des technischen Zinssatzes per 1. Januar 2018 von aktuell 3.00% auf 1.75%.
- Senkung des Umwandlungssatzes ab 1. Januar 2019 innert 4 Jahren bis 2022 von aktuell 5.80% bei Rentenalter 65 auf 5.00%
(oder auf 5.40% mit Umlagebeitrag durch den Arbeitgeber);
- Reduktion der anwartschaftlichen Ehegattenrente von 2/3 auf 60%.

Handlungsbedarf 1 bei den Renten der Pensionierten

- Senkung des technischen Zinssatzes durch die BLPK führt zu einer Unterdeckung beim Vorsorgewerk des Kantons, da die bisherigen Renten auf einem Satz von 3.00% basieren.
- Deckungsgrad des Vorsorgewerkes «Kanton» beträgt per 31.12. 2016 100.2%.
- Mit der Senkung des technischen Zinssatzes per 1.1. 2018 beträgt die Unterdeckung bei den Rentenguthaben der Pensionierten im Vorsorgewerk Kanton rund 342 Mio. Franken (Zahlen Stand 31.12. 2016).

Handlungsbedarf 2 bei den Mitarbeitenden

- Beschlüsse der BLPK führen zu einer Reduktion des Leistungszieles für das Vorsorgewerk Kanton BL.
- Leistungsziel für die Altersrente sinkt ohne zusätzliche Massnahmen von heute 60% auf neu rund 51% des versicherten Lohnes (nicht des AHV-Lohnes, da ein Teil wegen des Koordinationsabzuges nicht versichert ist).
- Das zukünftige Leistungsziel muss definiert werden.
- Zur Finanzierung des neuen Leistungsziels müssen zusätzliche Sparbeiträge, ein Umlagebeitrag sowie allfällige Einlagen als Abfederungsmassnahmen beschlossen werden.

Rolle / Zuständigkeiten der BLPK

Gemäss Pensionskassengesetz und Bundesrecht:

Festlegung

1. des technischen Zinssatzes
2. des Umwandlungssatzes
3. der anwartschaftlichen Ehegattenrente

➤ **Kanton hat kein Mitspracherecht!**

Rolle / Zuständigkeiten des Kantons BL

Gemäss Pensionskassengesetz legt der **Landrat** fest:

1. Höhe der Sparbeiträge und damit des Leistungszieles
 2. Allfällige Einlagen als Abfederungsmassnahmen.
- Zu obigen Punkten haben die Personalverbände ein Mitspracherecht.
 - Art und Umfang von allfälligen Sanierungsmassnahmen sind demgegenüber durch die paritätisch zusammengesetzte **Vorsorgekommission** zu beschliessen.

Farblegende zur
Zuständigkeit:



BLPK: VR



Landrat



Vorsorgekomm.

* Im Rahmen des vom
Landrat vorgegebenen
Budgets

** mit Genehmigung
des Versicherungs-
ausschusses BLPK-VR

Aktive



Rentner



Ablauf der Medienkonferenz

1. Begrüssung
2. Rückblick
- 3. Vernehmlassungsvorlage**
4. Vorschlag des Regierungsrates
5. Gemeinden
6. Zusammenfassung
7. Fragen

Vernehmlassungsvorlage



Projektleiter TeZUS

Roger Heiniger

Mitarbeiter Finanzverwaltung /
Finanz- und Kirchendirektion

Unterschiedlicher Handlungsbedarf

– Unterscheidung zwischen

- Handlungsbedarf 1:

Sanierung der Unterdeckung bei den Pensionierten

(Aufgrund der Senkung des technischen Zinssatzes, allein durch die Anpassung der Rentenkaptialien verursacht) und

- Handlungsbedarf 2:

Bestimmung der künftigen Leistungen für die Mitarbeitenden

(Gestaltung des Leistungsplans für die aktiv Versicherten).

Unterdeckung bei den Pensionierten

- Automatisches Einlösen der anlässlich der Reform der BLPK vom Landrat gesprochenen Arbeitgeberbeitragsreserve, aktuell wieder 329 Mio. Franken (Stand 31.12. 2016).
- Dazu wurde in der Staatsrechnung 2016 eine entsprechende Rückstellung vorgenommen.

Unterdeckung bei den Pensionierten

- 329 Mio. Franken per 31.12. 2016 werden Stand heute nicht ausreichen, um die durch die Senkung des technischen Zinssatzes verursachte Unterdeckung zu beheben.
- Höhe der Unterdeckung (oder eine allfällige Überdeckung) hängt von der Entwicklung an den Finanzmärkten ab.
- Die allenfalls nötigen zusätzlichen Sanierungsmassnahmen sind durch die Vorsorgekommission zu beschliessen:
 - Minderverzinsung
 - Sanierungsbeiträge
(Arbeitgeber muss mindestens 50% davon leisten).

Künftige Leistungen für die Mitarbeitenden

- Festlegung des zukünftigen Leistungszieles (51%, 55% oder 60%).
- Wahl der Variante bezüglich der Höhe des Umwandlungssatzes (5.00% oder 5.40%).
- Festlegung der Finanzierung für das künftige Leistungsziel.

Künftige Leistungen für die Mitarbeitenden

Weitere Stellschrauben:

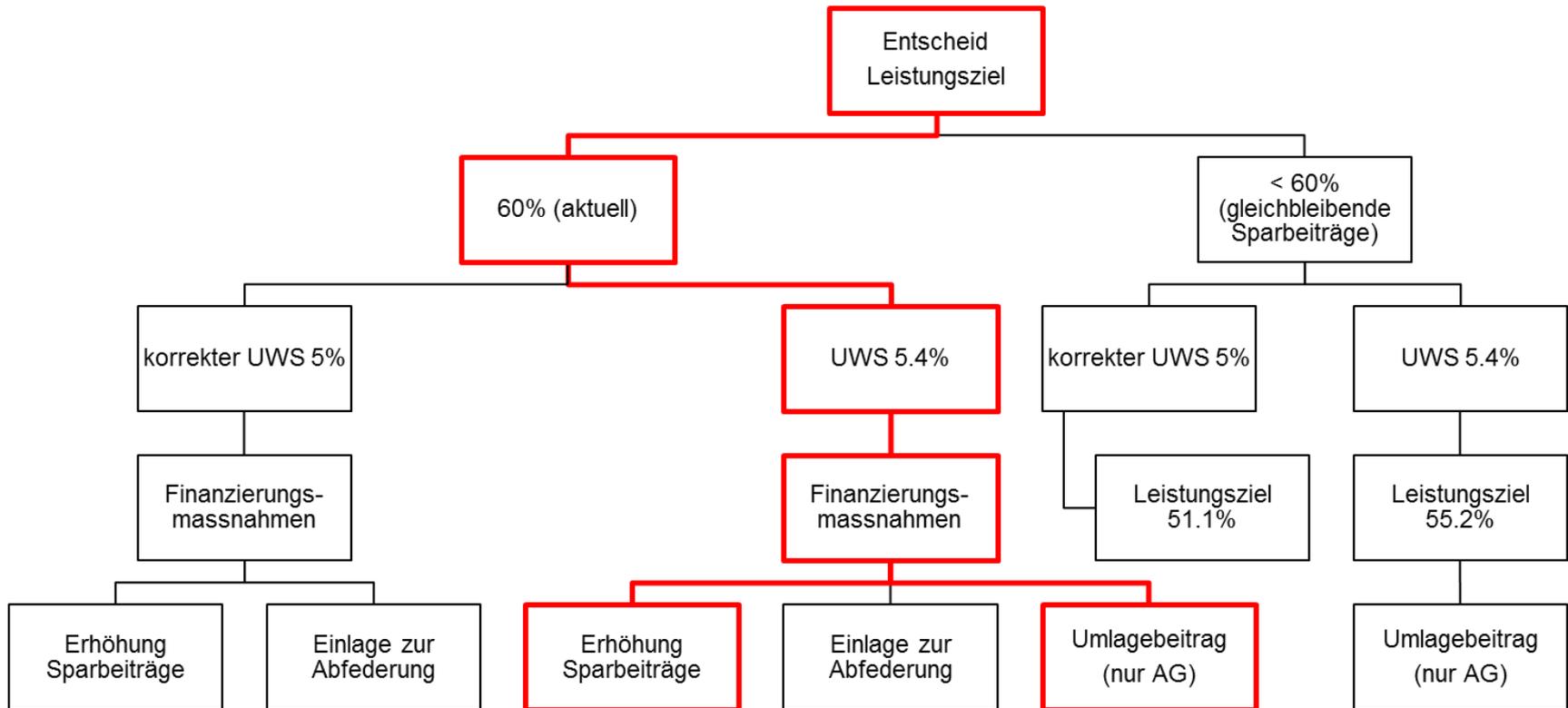
- Sparbeiträge: +1.40 (UWS 5.40%) oder +3.00 Prozentpunkte (UWS 5.00%)
- Umlagebeitrag für die Finanzierung eines Umwandlungssatzes von 5.40%:
Jährlicher zusätzlicher Beitrag des Arbeitgebers.
- Teuerungsfonds: Beibehaltung oder Streichung.
- Abfederungseinlagen:
Zwischen 40 Mio. und 309 Mio. Franken.

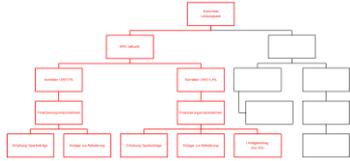
Künftige Leistungen für die Mitarbeitenden

Vorgaben des Regierungsrates betreffend Finanzierung:

- Risikobeiträge neu 50:50 AN:AG
statt wie bisher 45:55 resp. 40:60.
- Verwaltungskosten neu 50:50 AN:AG
statt wie bisher 0:100.
- Aufhebung des Rententeuerungsfonds.

Leistungsziel für Mitarbeitende / Entscheidungsbaum



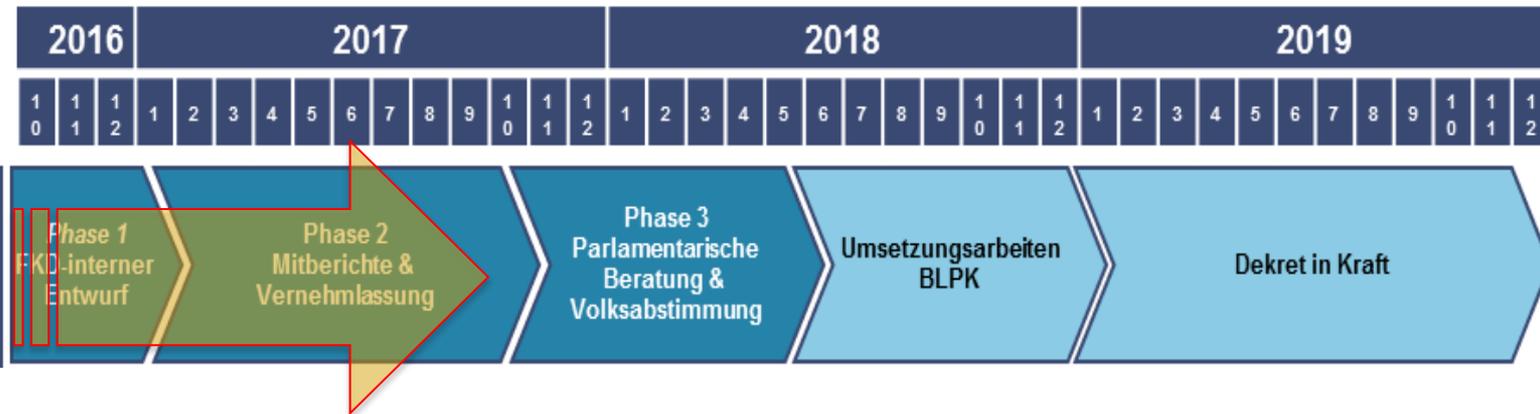


Variante ABP Leistungsziel 60%, UWS 5.40% / 5.00%

- Umwandlungssatz 5.40% für Jahrgang 1974 und älter resp. 5.00% für Jahrgang 1975 und jünger
- Modellmässiges Leistungsziel von 60%
- Erhöhung der Sparbeiträge um 1.40 resp. 3.00 Prozentpunkte
- Renteneinbusse gegenüber dem reglementarischen Leistungsziel beider Reformen maximal 18% (bedingt eine Abfederungseinlage von 40.3 Mio. Franken)
- Jährliche Mehrkosten Arbeitgeber Kanton: 3.9 Mio. Franken
- Jährliche Mehrkosten Arbeitnehmende: 3.7 Mio. Franken

| <i>Variante</i> | <i>0</i> | <i>1</i> | <i>2</i> | <i>3</i> | <i>4</i> | <i>5</i> |
|------------------------------|---------------|---------------|---------------|--------------------|--------------------|--------------|
| Plan | 5.80 | 5.00 | 5.40 | 5.00 | 5.40 | |
| Leistungsziel | 60% | 51% | 55% | 60% | 60% | ABP |
| Sparbeiträge | bisher | bisher | bisher | +3.0 %-pkt. | +1.4 %-pkt. | |
| <i>(Angaben in Mio CHF)</i> | | | | | | |
| Arbeitnehmer | | | | | | |
| Sparbeitrag | 48.6 | 48.3 | 48.3 | 55.0 | 51.4 | 52.9 |
| Risikobeitrag | 6.1 | 4.3 | 4.3 | 4.3 | 4.3 | 4.3 |
| Verwaltungskosten | | 1.1 | 1.1 | 1.1 | 1.1 | 1.1 |
| Total Arbeitnehmer | 54.7 | 53.7 | 53.7 | 60.5 | 56.9 | 58.4 |
| <i>(Angaben in Mio CHF)</i> | | | | | | |
| Arbeitgeber | | | | | | |
| Sparbeitrag | 59.4 | 59.8 | 59.8 | 68.1 | 63.7 | 64.7 |
| Risikobeitrag | 7.1 | 4.3 | 4.3 | 4.3 | 4.3 | 4.3 |
| Teuerungsfonds AG | 5.1 | | | | | |
| Verwaltungskosten | 2.2 | 1.1 | 1.1 | 1.1 | 1.1 | 1.1 |
| Umlagebeitrag | | | 7.6 | | 7.6 | 7.6 |
| Total Arbeitgeber | 73.9 | 65.2 | 72.8 | 73.6 | 76.8 | 77.8 |
| AG-Anteil insgesamt | 57.4% | 54.8% | 57.5% | 54.9% | 57.4% | 57.1% |
| <i>(Angaben in Mio CHF)</i> | | | | | | |
| Total Beitrag | 128.6 | 118.9 | 126.5 | 134.1 | 133.6 | 136.1 |
| davon Sparbeitrag | 108.1 | 108.1 | 108.1 | 123.2 | 115.1 | 117.6 |
| davon AG-Sparbeitrag | 59.4 | 59.8 | 59.8 | 68.1 | 63.7 | 64.7 |
| <i>(Angaben in Mio CHF)</i> | | | | | | |
| Abfederung (einmalig) | | | | | | |
| Voll | 538.4 | 0.0 | 0.0 | 309.3 | 142.7 | 163.6 |
| Gemäss BLPK | 232.4 | 0.0 | 0.0 | 184.5 | 85.5 | 85.5 |
| Treu und Glauben | 107.6 | 0.0 | 0.0 | 94.7 | 44.1 | 44.1 |
| Dienstjahre / 40 | 208.6 | 0.0 | 0.0 | 147.1 | 68.1 | 72.3 |
| Max (Treu&Glauben / DJ) | 237.3 | 0.0 | 0.0 | 172.3 | 79.8 | 84.0 |
| ABP | | | | | 40.0 | 40.3 |

Zeitplan



Begrüßung



Regierungsrat
Dr. Anton Lauber

Vorsteher der Finanz- und
Kirchendirektion

Ablauf der Medienkonferenz

1. Begrüssung
2. Rückblick
3. Vernehmlassungsvorlage
4. **Vorschlag des Regierungsrates**
5. Gemeinden
6. Zusammenfassung
7. Fragen



Eckpfeiler des Vorschlages des Regierungsrates

- Leistungsziel 60% des letzten versicherten Lohnes
- Umwandlungssatz 5.40% inkl. jährlichem Umlagebeitrag von 7.6 Mio. Franken
- Sparbeiträge +1.40 Prozentpunkte
- Paritätische Risiko- und Verwaltungskostenbeiträge
- Sparbeiträge AN:AG 55:45 resp. 60:40
- Keine Abfederungseinlage
- Jährliche Mehrkosten Arbeitgeber Kanton: 2.9 Mio. Franken
- Jährliche Mehrkosten Arbeitnehmende: 2.2 Mio. Franken

Vorteile des Vorschlages des Regierungsrates

- Modellmässiges Leistungsziel wird beibehalten (60%)
- Schrittweise Senkung des Umwandlungssatzes als Abfederungsmassnahme
(keine zwingenden frühzeitigen Pensionierungen)
- Ausgewogene Finanzierung der Mehrkosten durch Arbeitgeber wie Arbeitnehmer (Stand 31.12. 2016)
- AG-Anteil bleibt unverändert bei 57.4%
- Keine Abfederungseinlage
- Erhaltung der Attraktivität als Arbeitgeber im Wettbewerb mit anderen Kantonen und Unternehmen

Vorteile Vorschlag Regierungsrat gegenüber ABP

- Tiefere Komplexität
- Alle Mitarbeitenden sind im gleichen System versichert
- Keine Abfederungseinlage nötig
- Tiefere jährliche Mehrkosten

Attraktivität als Arbeitgeber

| (Angaben in Mio CHF) | BVG- Minimum | Baselland Variante 1 | Solothurn | Aargau | Baselland Variante 2 | Roche | Vorsorgelösung | | | | Bern | Migros | Zürich | Publica (Bund) | Credit Suisse | Basel- Stadt |
|----------------------------|-----------------|-------------------------|--------------|--------------|-------------------------|--------------|-------------------------|---------------------|-------------------------|------------------|--------------|--------------|--------------|-------------------|------------------|-----------------|
| | | | | | | | Baselland Variante 3 | Baselland bisher | Baselland Variante 4 | Baselland ABP | | | | | | |
| Versicherte Lohnsumme | 370.9 | 509.5 | 439.2 | 490.7 | 509.5 | 681.4 | 509.5 | 509.5 | 509.5 | 509.5 | 530.9 | 500.3 | 527.4 | 530.9 | 510.2 | 507.3 |
| Arbeitnehmer | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Sparbeitrag | 24.5 | 48.3 | 45.5 | 42.2 | 48.3 | 33.1 | 55.0 | 48.6 | 51.4 | 52.9 | 45.4 | - | 52.5 | 50.7 | 49.2 | 40.8 |
| Risikobeitrag | 3.7 | 4.3 | 6.6 | 4.9 | 4.3 | 7.6 | 4.3 | 6.1 | 4.3 | 4.3 | 6.4 | - | 4.2 | - | - | 7.6 |
| Stabilisierungsbeitrag | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 5.0 | - | - | - | - | 8.1 |
| Verwaltungskosten | - | 1.1 | - | - | 1.1 | - | 1.1 | - | 1.1 | 1.1 | - | - | - | - | - | - |
| Total Arbeitnehmer | 28.2 | 53.7 | 52.1 | 47.1 | 53.7 | 40.7 | 60.5 | 54.7 | 56.9 | 58.3 | 56.8 | 41.7 | 56.7 | 50.7 | 49.2 | 56.5 |
| Arbeitgeber | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Sparbeitrag | 24.5 | 59.8 | 65.5 | 61.6 | 59.8 | 71.2 | 68.1 | 59.4 | 63.7 | 64.7 | 64.6 | - | 78.6 | 79.2 | 88.1 | 81.6 |
| Risikobeitrag | 3.7 | 4.3 | 4.1 | 8.3 | 4.3 | 1.9 | 4.3 | 7.1 | 4.3 | 4.3 | 7.7 | - | 6.3 | 10.6 | 29.4 | 20.3 |
| Stabilisierungsbeitrag | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 7.2 | - | - | - | - | 25.4 |
| Teuerungsfonds AG | - | - | - | - | - | - | - | 5.1 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Verwaltungskosten | - | 1.1 | - | - | 1.1 | - | 1.1 | 2.2 | 1.1 | 1.1 | - | - | 0.1 | 1.6 | - | - |
| Umlagebeitrag | - | - | - | - | 7.6 | - | - | - | 7.6 | 7.6 | - | - | - | - | - | - |
| Total Arbeitgeber | 28.2 | 65.2 | 69.6 | 69.9 | 72.8 | 73.1 | 73.6 | 73.8 | 76.8 | 77.7 | 79.5 | 83.5 | 85.0 | 91.4 | 117.5 | 127.3 |
| Total Beitrag | 56.4 | 118.9 | 121.7 | 117.0 | 126.5 | 113.8 | 134.1 | 128.5 | 133.6 | 136.0 | 136.3 | 125.2 | 141.7 | 142.1 | 166.7 | 183.8 |
| davon Sparbeitrag | 49.0 | 108.1 | 111.0 | 103.8 | 108.1 | 104.3 | 123.2 | 108.0 | 115.1 | 117.6 | 110.0 | - | 131.1 | 129.9 | 137.3 | 122.4 |
| davon AG-Sparbeitrag | 24.5 | 59.8 | 65.5 | 61.6 | 59.8 | 71.2 | 68.1 | 59.4 | 63.7 | 64.7 | 64.6 | LP* | 78.6 | 79.2 | 88.1 | 81.6 |
| AG-Anteil insgesamt | 50.0% | 54.8% | 57.2% | 59.7% | 57.5% | 64.2% | 54.9% | 57.4% | 57.4% | 57.1% | 58.3% | 66.7% | 60.0% | 64.3% | 70.5% | 69.3% |

Mögliche Kündigungen per 31.12. 2018

| Alter | Jahr | | | | |
|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
| 65 | 5.80% | 5.70% | 5.60% | 5.50% | 5.40% |
| 64 | 5.68% | 5.58% | 5.48% | 5.38% | 5.28% |
| 63 | 5.56% | 5.46% | 5.36% | 5.26% | 5.16% |
| 62 | 5.44% | 5.34% | 5.24% | 5.14% | 5.04% |
| 61 | 5.32% | 5.22% | 5.12% | 5.02% | 4.92% |
| 60 | 5.20% | 5.10% | 5.00% | 4.90% | 4.80% |

- Umwandlungssatz wird stufenweise gesenkt;
- Mit jedem zusätzlichen Arbeitsmonat erhält man in der Regel mehr Rente;
- Detailliertere Berechnungen erst nach Landratsbeschluss möglich (Frühsommer 2018).

Ablauf der Medienkonferenz

1. Begrüssung
2. Rückblick
3. Vernehmlassungsvorlage
4. Vorschlag des Regierungsrates
- 5. Gemeinden**
6. Zusammenfassung
7. Fragen

Rückbelastung der Gemeinden (Gemeindelehrpersonen)

- Aufteilung der Kosten der Kindergarten- und Primarschullehrpersonen auf alle Einwohnergemeinden.
- Kosten der Musikschullehrpersonen werden den Trägern der Musikschule gemäss der Einwohnerzahl der an der Musikschule angeschlossenen Einwohnergemeinden belastet.
- Konsultativkommission Aufgabenteilung und Finanzausgleich (KKAF) (13 Gemeindevertreter) stimmt diesem Vorgehen zu.

Ablauf der Medienkonferenz

1. Begrüssung
2. Rückblick
3. Vernehmlassungsvorlage
4. Vorschlag des Regierungsrates
5. Gemeinden
- 6. Zusammenfassung**
7. Fragen

Tragbarer Vorschlag des Regierungsrates

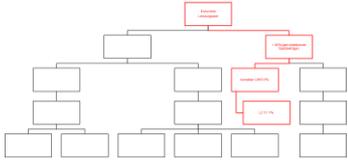
- Alle Mitarbeitenden sind im gleichen System versichert.
- Leistungsziel wird beibehalten (60%).
- Schrittweise Senkung des Umwandlungssatzes als Abfederungsmassnahme
(keine zwingenden frühzeitigen Pensionierungen).
- Marginal höhere Mehrkosten für AN und AG.
- Anteil Arbeitgeber bleibt unverändert bei 57.4%.
- Erhaltung der Attraktivität als Arbeitgeber im Wettbewerb mit anderen Kantonen und Unternehmen.

Ablauf der Medienkonferenz

1. Begrüssung
2. Rückblick
3. Vernehmlassungsvorlage
4. Vorschlag des Regierungsrates
5. Gemeinden
6. Zusammenfassung
7. Fragen

Fragen / Diskussion

Anhang



Variante 1: Leistungsziel 51%, UWS 5.00%

- Umwandlungssatz wird auf 5.00% gesenkt.
- Sparbeiträge werden nicht verändert.
- Renteneinbusse für die Mitarbeitenden beträgt 14%.
- Keine Abfederungseinlagen.
- Kosten Kanton -8.7 Mio. Franken
- Kosten Arbeitnehmende -1.0 Mio. Franken



Variante 4: Leistungsziel 60%, UWS 5.40%

- Leistungsziel bleibt bei 60%.
- Sparbeiträge werden um 1.4 Prozentpunkte erhöht.
- Kanton muss einen Umlagebeitrag von jährlich 7.6 Mio. Franken bezahlen.
- Mögliche Abfederungseinlagen kosten den Kanton zwischen 44 und 143 Mio. Franken.
- Ohne Abfederungseinlage beträgt die Renteneinbusse für die Mitarbeitenden bis zu 7%.
- Kosten Kanton 2.9 Mio. Franken.
- Kosten Arbeitnehmende 2.2 Mio. Franken.



Variante 5 (ABP): Leistungsziel 60%, UWS 5.40% / 5.00%

- Umwandlungssatz 5.40% für Jahrgang 1974 und älter resp. 5.00% für Jahrgang 1975 und jünger
- Modellmässiges Leistungsziel von 60%
- Erhöhung der Sparbeiträge um 1.40 resp. 3.00 Prozentpunkte
- Renteneinbusse gegenüber dem reglementarischen Leistungsziel beider Reformen maximal 18% (bedingt eine Abfederungseinlage von 40.3 Mio. Franken)
- Jährliche Mehrkosten Arbeitgeber Kanton: 3.9 Mio. Franken
- Jährliche Mehrkosten Arbeitnehmende: 3.7 Mio. Franken

